

„Eine Öffnung gibt der Innenstadt den Rest“

Ausschuss mit klarer Mehrheit gegen Autoverkehr in der Fußgängerzone / Zukunftsperspektiven beraten

Die Fußgängerzone bleibt Fußgängerzone – zumindest wenn es nach dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt geht. Mit sechs zu eins Stimmen lehnte das Gremium einen Antrag der Gruppe Grüne/WIR ab, die Friedrich-Ebert-Straße für den Fahrzeugverkehr zu öffnen.

OBERNKIRCHEN. Der Grüne Thomas Stübke schien sich in seiner Haut selbst nicht so ganz wohlfühlen, als er den Antrag für seine Gruppe erläuterte. Die folgt mit dem Wunsch nach Öffnung der Ebert-Straße einigen Geschäftsleuten. Eine Steigerung der Attraktivität unter anderem durch (Neu)einrichtung von Kurzzeitparkplätzen sei die Folge. Zumindest außerhalb der Marktzeiten sollten zunächst probeweise für sechs Monate wieder Autos durch die „Zone“ fahren dürfen. Die übrigen Ausschussmitglieder waren sich einig: Das kommt nicht infrage. Horst Sassenberg (CDU): „Eine Öffnung gibt der Innenstadt den Rest!“ Wilhelm Mevert (SPD): „Wenn wir auf Tourismus und Gastronomie setzen wollen, geht das nur mit einer Fußgängerzone.“ Stadtplaner Wolfgang Hein sah auch aus städtebaulicher Sicht keine Veranlassung, die (124 Meter kurze) Fußgängerzone aufzugeben. Vielmehr müsse man daran gehen, sie aufzuwerten und attraktiver zu gestalten. Auf diese Formel verständigte sich dann auch der Ausschuss: Beibehaltung der Fußgängerzone – Aufwertung derselben. Dazu gehört, den Fahrzeugverkehr konsequenter als bisher heraus zu halten. Mit einem Poller soll die Straße für den (illegalen) Durchgangsverkehr endgültig dicht gemacht werden. Während der Ausschuss in Sachen Fußgängerzone Farbe bekannte, fiel ihm das beim Tagesordnungspunkt „Zukunft der Innenstadt“ deutlich schwerer. Diskutiert werden sollten die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt. In zwei Phasen waren erst die Anlieger der Innenstadt und dann zufällig ausgewählte Bürger aufgerufen, ihre Vorstellungen und Wünsche in ein Konzept einzubringen. Der Ausschuss „biss“ sich dann aber schnell an zwei – durchaus wichtigen – Teilaspekten fest. Die Vermarktung leerstehender Geschäftsimmobilien und die Belebung des Bornemannplatzes nach dem Umzug von Aldi. Angedacht ist zum Beispiel die (unbürokratische) Unterstützung von Existenzgründern und Hauseigentümern. Während Stadtkoordinatorin Dörte Worm, Bürgermeister Oliver Schäfer und Thomas Stübke für kreative Lösungen plädierten, warnten Ausschussmitglieder wie Horst Sassenberg davor, sich Illusionen hinzugeben. In Sachen Bornemannplatz machte Investor Heinz Plewnia klar, dass nach Aldi auch weitere Geschäfte ausziehen würden. Die Lage sei kaum zu vermieten – die nötige Publikumsfrequenz fehle. Lösungen für eine Belebung hatte der Ausschuss nicht zu bieten, vielleicht wäre das angedachte Familienzentrum schon ein Fortschritt – eventuell sogar in der leer stehenden Aldi-Immobilie. Kk

Sinnvolle Details für Marktplatz

Außer der Öffnung der Fußgängerzone hat die Gruppe Grüne/ WIR in einem zweiten Antrag eine Umgestaltung des Marktplatzes gefordert. Im Detail geht es um die Anlage weiterer Parkplätze und eines Taxistandes, einen Kabelkanal für die Marktbesucher, Fahrradstellplätze, die Versetzung einer Straßenlaterne und die Abgrenzung von Parkflächen und Außengastronomie durch Poller. Die Erweiterung des Parkplatzangebotes stieß bei den ASU-Mitgliedern eher auf Skepsis (Motto: Parkplätze haben wir doch wirklich genug). Der Antrag soll aber in Ruhe diskutiert werden, da die übrigen Vorschläge für die Mehrheit der Ausschussmitglieder allesamt Sinn machen. Grundlagen sollen eine Planskizze und eine Ortsbegehung werden. Unter dem Oberbegriff „Zukunft Innenstadt“ sollen die Maßnahmen in Abstimmung mit der Steigerung der Attraktivität der Fußgängerzone behandelt werden. Dabei kommt dem Wochenmarkt eine besondere Bedeutung zu, hat er sich doch inzwischen zum belebten Treffpunkt entwickelt. Eine Verlegung, zum Beispiel auf den Bornemannplatz, kommt daher kaum infrage. Kk